CUXHAVEN STADT & LAND



Um die seit Beginn der Coronakrise obligatorischen Abstands- und Hvaieneregeln besser einhalten zu können. hatte der **Cuxhavener Rat** die vorletzte Sitzung des Jahres 2021 in den Kuppelsaal der Hapag-Hallen verlegt. Foto: Koppe

Rat streitet über Verhältnis zur EWE

Entsorgungsvertrag um zehn Jahre verlängert / Opposition kann Lob über Kooperation mit Tochter-GmbH EWE Wasser nicht teilen

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Von einer sich bis zum Jahresende bietenden Option, den Abwasser-Entsorgungsvertrag mit der EWE Wasser GmbH aufzulösen. wird man im Rathaus keinen Gebrauch machen. Eine Ratsmehrheit sprach sich aktuell dafür aus, das Vertragsverhältnis um weitere zehn Jahre zu verlängern. Dieser Schritt schmeckt nicht jedem. Befürworter erkennen darin aber die derzeit beste Lösung für den Gebührenzahler.

Oberflächlich betrachtet entzweiten sich Ratsmitglieder am Donnerstagabend an einer Formulierung: Als "konstruktiv" und "vertrauensvoll" war die Zusammenarbeit mit dem lokalen Entsorger EWE Wasser GmbH in der Beschlussvorlage charakterisiert worden. Ein Lob, das der AfD-Ratsfraktionsvorsitzende Anton Werner Grunert nicht unwidermochte. Kritik übte Grunert einerseits an einer erst rückwirkend erfolgten Anmeldung von Investitionen. Andererseits verwies er auf einen Abrechnungsskandal von vor zwei Jahren. Damals ging es um eine Summe von neun Millionen Euro, welche der Mutterkonzern erstattete, nachdem er einräumen musste, dem Vertragspartner Stadt wegen eines Zinsfehlers über Jahre hinweg ein zu hoch angesetztes Betriebskostenentgelt abverlangt zu haben.

"Maximal eine Vier"

Eingedenk solcher Erfahrungen hält es die AfD für geboten, das kurz nach der Jahrtausendwende privatisierte Entwässerungsgeschäft irgendwann zurück in den Schoß der Stadt zu holen. Eine Forderung, mit der Grunerts Fraktion im Rat keineswegs ganz allein steht. Dass die AfD auf dem Weg zu einem solchen Fernziel allerdings die Brücken zum derzeisprochen im Raum stehen lassen tigen Entsorger kappen und die

Entwässerung lieber neu ausschreiben will, anstatt den bestehenden Vertrag mit der EWE zu verlängern – das alles geht auch der Bürgerfraktion "Die Cuxhavener" zu weit. "Es wäre töricht, diesen Vertrag jetzt zu kündigen", betonte deren Ratsherr Peter Altenburg am Donnerstagabend. Altenburg, aus dessen Sicht die seitens der EWE Wasser an den Tag gelegte Kooperationsbereitschaft ..maximal eine Vier" verdient. sprach sich dafür aus, die kommenden zehn Jahre zu nutzen, um eine Rekommunalisierung einzuleiten. Wandte sich aber explizit dagegen, zum heutigen Zeitpunkt unverrückbare Tatsachen zu schaffen.

Eine mit einer Vertragskündigung einhergehende Neuausschreibung wäre ein "direkter Schaden für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt": So sieht es der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Gunnar Wegener, der dem Chef der Rats-AfD unterstellt, das Cuxhavener Entwässerungsnetz in die Hände Dritter geben zu wollen. Die Ablösesumme für die im Besitz der EWE befindliche Entsorgungsinfrastruktur, warnte Wegener, würden sich iene über das mit der Stadt auszuhandelnde Betriebskostenentgelt und mittelbar folglich über eine Erhöhung der Gebühren für Schmutz- oder gar Niederschlagswasser zurückholen.

Satzung verabschiedet

Laut CDU/FDP-Gruppenvorsitzendem Thiemo Röhler haben die seitens der AfD-Fraktion aufgeworfenen Fragen nichts mit der am Donnerstag mehrheitlich beschlossenen Verlängerung zu tun. Was den Vertrag zwischen Stadt und Entsorger angehe: Mit dem sei man bisher gut gefahren, betonte Röhler und wies darauf hin, dass der Streitpunkt Investitionen (es geht um Baumaßnahmen im Klärwerk) derzeit überprüft werde.

Weil die Stadtverwaltung den mit diesen Maßnahmen verbundenen Aufwand vorsorglich in der Kalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2021 berücksichtigt hat, legte Altenburg ("Die Cuxhavener") beim nachfolgenden Tagesordnungspunkt sein Veto gegen die neue Gebührensatzung ein. "Es gibt noch eine Fraktion, die hier nicht zustimmen wird", meldete sich Grunert (AfD) zu Wort. Er begründete seine Ablehnung mit der Rückzahlungspraxis im Anschluss an den oben erwähnten Millionen-Fehler: "Ungerecht" sei die Methode, monierte Grunert - gingen doch inzwischen verzogene Gebührenzahler dabei leer aus.

Stadtdirektorin Petra Wüst stellte klar: Im Einklang mit dem Gebührenrecht gehe es beim Thema Rückzahlung nicht um individuelle Erstattung, sondern um die Verrechnung der durch die Rücküberweisung von 9,3 Millionen entstandenen Überschüssen.